

ISI

Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung * Gesellschaftliche Trends * Aktuelle Informationen

Nr. 3
Januar 1990

Polarisierungstendenzen in der Einkommensverteilung?

Ergebnisse zur Entwicklung der Armut

Eine ZUMA
Publikation

Seit 1974 ist es nicht mehr gelungen Vollbeschäftigung zu erreichen. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen hält sich trotz eines langandauernden Wirtschaftsaufschwungs bei rund zwei Millionen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist in den letzten Jahren ständig gestiegen und hat inzwischen die Drei-Millionen-Grenze überschritten. Diese Tatsachen werden in der Diskussion über die »Neue Armut« als Zeichen für eine Polarisierung der Gesellschaft interpretiert. In der öffentlichen Diskussion wird behauptet, daß »die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer« werden; das Schlagwort von der Zwei-Drittel-Gesellschaft macht die Runde. Sicher kann niemand bestreiten, daß es in der Bundesrepublik Armut gibt. Kommt es aber zu einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft? Hinweise zur Klärung dieser Frage lassen sich aus neuen statistischen Berechnungen des Sonderforschungsbereichs 3 (»Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik«) der Universitäten Frankfurt und Mannheim entnehmen.

Inhalt

Polarisierungstendenzen in der Einkommensverteilung?	1
Internationale Konferenz zur Sozialberichterstattung	4
Ausländer in Deutschland: Ein langwieriger Integrationsprozeß .	5
Datenreport 1989	9
Legitimation sozialer Ungleichheit bleibt prekär	10
Bilanz der Bildungspolitik	14
Sozialindikatorenforschung in der Bundesrepublik und in der DDR	15
Working Group »Social Indicators« auf dem Weltkongreß für Soziologie	16
Aus der Arbeit der Abteilung	16

Dem Sonderforschungsbereich 3 stehen die anonymisierten Mikrodaten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) 1962/63 bis 1983 des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung. Die dem vorliegenden Text zugrundeliegende Mikrodatenbasis muß den nicht-anonymisierten Einzelangaben der EVS nicht vollständig entsprechen, da zur Anonymisierung gewisse Aggregationen und zufällige Veränderungen vorgenommen wurden. In der EVS werden 0,3% aller Haushalte mit deutschem Haushaltsvorstand erfaßt. Der wichtigste Vorteil dieser Erhebungen ist die Zuverlässigkeit der Einkommensangaben. Über den Zeitraum eines Jahres hinweg führen ca. 35.000 bis 50.000 Haushalte Haushaltsbücher, in denen alle Einnahmen und Ausgaben erfaßt werden. Der größte Mangel ist die nicht vollständig gegebene Repräsentativität für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Nicht erfaßt werden Personen und Privathaushalte in Anstalten, Haushalte mit ausländischem Haushaltsvorstand sowie Haushalte mit besonders hohen Einkommen (1983: über 25.000 DM Nettoeinkom-

men pro Monat); außerdem ist jener Teil der Bevölkerung, der durch reguläre statistische Erhebungen kaum erfaßt werden kann (Nichtseßhafte, Obdachlose), in der Datengrundlage nicht enthalten oder zumindest stark unterrepräsentiert. Haushalte mit mehr als sieben Personen sind in den folgenden Berechnungen aus technischen Gründen ebenfalls nicht enthalten. Ihre Zahl ist jedoch so gering, daß kaum Verzerrungen zu erwarten sind.

Methodische Grundlagen

Ein zentrales Problem bei der Erfassung und Analyse der Armut stellt die Definition von Armut dar. Da es einen allgemein anerkannten und objektiven Armutsbegriff nicht gibt, ist eine Präzisierung nur durch das Einbringen von Werturteilen möglich. Grundsätzlich kann zwischen absoluter und relativer Armut unterschieden werden. Mit absoluter Armut wird eine Situation bezeichnet, in der das physische Existenzminimum unterschritten wird. Relative Armut dagegen kennzeichnet eine Situa-

tion, in der ein sozio-kulturelles Minimum nicht erreicht wird. Eine Teilhabe an den gesellschaftlichen Aktivitäten ist dann nicht einmal mehr auf einem bescheidenen Niveau möglich. Üblicherweise wird für Armutsuntersuchungen in entwickelten Ländern das Konzept der relativen Armut zugrunde gelegt.

Zur Präzisierung des Begriffs der relativen Armut kann zwischen einem lebenslagen- und einem ressourcenorientierten Ansatz unterschieden werden. Während bei einer Lebenslagendefinition Personen als arm gelten, die bestimmte reale Mindeststandards (z.B. im Bereich Ernährung, Kleidung, Wohnen, Gesundheit etc.) nicht erreichen, werden bei einer Ressourcenorientierung jene Personen als arm klassifiziert, deren Ressourcen (z.B. Einkommen, Vermögen etc.) im Haushaltszusammenhang nicht ausreichen, um ein vorher definiertes Versorgungsniveau durch Käufe am Markt zu realisieren. Im folgenden wird als einzige Ressource das Einkommen betrachtet und seine Verteilung im unteren Einkommensbereich, differenziert nach sozio-ökonomischen Gruppen und Haushaltstypen, über zwei Dekaden hinweg untersucht.

Für die Untersuchung ist festzulegen, wie die durchschnittlichen Einkommen und die Armutsgrenze zu berechnen sind und wie das Einkommen und die Einkommenseinheit abgegrenzt werden. Das durchschnittliche Einkommen wird auf der Basis des in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesenen »Verfügbaren Einkommens der Privaten Haushalte« als ein gewogener Durchschnitt berechnet. Für die Auswahl relativer Armutsgrenzen gibt es keine objektiven Kriterien. Ein in der Armutsforschung übliches Verfahren ist die Verwendung unterschiedlicher Armutsgrenzen. Im vorliegenden Beitrag werden 40% bzw. 50% des durchschnittlichen gewichteten verfügbaren Einkommens gewählt. Einkommenseinheit ist der Haushalt. Unterstellt wird, daß das Einkommen aller Haushaltsmitglieder zusammengelegt und in einer Art und Weise konsumiert wird, daß alle Haushaltsmitglieder den gleichen Nutzen haben. Die Untersuchung beruht auf dem jährlichen verfügbaren Einkommen der Haushalte. Aussagen über kürzere Armutsperioden oder die Dauer der Armut sind daher nicht möglich.

In der konventionellen Darstellung der personellen Einkommensverteilung wird jeder Haushalt als eine Einheit betrachtet und entsprechend seines verfügbaren Einkommens eingeordnet. Dadurch bleibt die demographische Struktur des Haushalts ebenso unberücksichtigt wie Einsparungen im Haushaltszusammenhang. Um dies zu berücksichtigen wurde das Instrument der Äquivalenzskalen entwickelt. Auch für die Bildung einer Äquivalenzskala gibt es keine objektiven Kriterien, sie hängen von normativen Entscheidungen ab. Im folgenden wird die Äquivalenzskala, die implizit im Bundessozialhilfegesetz enthalten ist, benutzt. Dabei gehen die einzelnen Haushaltsmitglieder in Abhängigkeit vom Alter und dem Status des Haushaltsvorstandes mit unterschiedlichen Gewichten in die Festlegung der Hilfe zum Lebensunterhalt ein. Diese Vorgehensweise wird für die Berechnung des sogenannten Äquivalenzeinkommens übernommen. Deshalb können sich zwei Privathaushalte mit identischem verfügbarem Einkommen in Abhängigkeit von ihren demographischen Strukturen beim Äquivalenzeinkommen mehr oder weniger voneinander unterscheiden.

Um das Ausmaß der Armut zu erfassen, sind verschiedene Indikatoren vorgeschlagen worden. In dieser Untersuchung wird die Armutquote (Anzahl der armen Personen in Prozent der jeweiligen Gruppe) benutzt, obwohl sie einige methodische Anforderungen, die an ei-

nen Armutsindikator gestellt werden, nicht erfüllt. Der Vorteil der Armutsquote liegt in der einfachen Verständlichkeit und Anschaulichkeit.

Zunahme der Armut seit 1973

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Armut in den fünf Jahren, für die Daten der EVS verfügbar sind. Im Zeitvergleich zeigt sich, daß die Armut von 1963 bis 1973 sowohl an der 40%-Grenze wie auch an der 50%-Grenze deutlich zurückgegangen ist. Seit 1973 kam es dann wieder zu einem Anstieg der Armut.

Die Tabellen 2 bis 4 geben einen Überblick über die strukturelle Entwicklung der Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei werden 50% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens als Armutsgrenze angenommen. Grundsätzlich gilt, daß Haushalte mit einem erwerbstätigen Haushaltsvorstand unterdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Eine einzige Abweichung zeigt sich erstmals im Jahr 1983 für Haushalte mit einem männlichen Haushaltsvorstand unter 24 Jahren. Bei ihnen kommt es zu einem Anstieg der Armutsquote weit über den Durchschnitt hinaus. Ursächlich für diese Entwicklung könnte ein Rückgang der Markteinkommen weiterer Einkommensbezieher — z.B. durch Arbeitslosigkeit — in diesem Haushaltstyp sein.

Tabelle 1: Armutsgrenzen, Umfang der Armut und Armutsquoten in der Bundesrepublik Deutschland

	1963	1969	1973	1978	1983
50% des Äquivalenzeinkommens					
Armutsgrenze (DM pro Jahr)	2560	3729	5277	7633	9683
arme Personen (in 1000)	8449	5092	3093	3393	3678
Armutquote (%)	14,8	9,1	5,5	6,2	7,0
40% des Äquivalenzeinkommens					
Armutsgrenze (DM pro Jahr)	2048	2983	4221	6106	7746
arme Personen (in 1000)	3252	1481	881	876	1093
Armutquote (%)	5,7	2,7	1,4	1,6	2,1

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1962/63, 1969, 1973, 1978 und 1983.
Eigene Berechnungen.

Tabelle 2: Personenbezogene Armutsquoten nach Beteiligung des Haushaltsvorstands am Erwerbsleben sowie Geschlecht und Alter des Haushaltsvorstands in % (50% des Äquivalenzeinkommens)

	1963	1969	1973	1978	1983
Alle Personen	14,8	9,1	5,5	6,2	7,0
Personen in Haushalten mit erwerbstätigem Haushaltsvorstand	12,8	8,0	4,2	4,5	4,3
weiblicher Haushaltsvorstand	6,8	5,7	2,7	4,5	4,2
männlicher Haushaltsvorstand	13,1	8,1	4,2	4,5	4,3
bis 24 Jahre	5,6	3,7*	2,8	3,1*	12,0
25 - 49 Jahre	14,6	9,3	4,9	5,2	4,7
50 - 64 Jahre	9,3	5,3	2,4	2,5	2,6
65 Jahre u.ä.	11,3	2,9	3,1*	8,9*	1,0***
Personen in Haushalten mit nichterwerbstätigem Haushaltsvorstand	22,5	13,0	9,8	10,5	13,3
weiblicher Haushaltsvorstand	20,7	14,7	11,0	11,7	14,3
bis 24 Jahre	45,1***	14,6***	12,7**	23,6*	43,6
25 - 49 Jahre	25,4	25,5	27,1	33,6	46,5
50 - 64 Jahre	15,9	10,0	8,9	8,3	7,6
65 Jahre u.ä.	23,5	15,7	9,4	9,2	6,7
männlicher Haushaltsvorstand	23,5	12,1	9,2	9,9	12,8
bis 24 Jahre	12,7***	10,7**	6,8*	16,8*	30,3
25 - 49 Jahre	42,8	21,3	9,2	23,6	35,5
50 - 64 Jahre	27,1	14,7	9,2	8,6	10,0
65 Jahre u.ä.	17,6	10,0	9,2	8,7	8,3

* 20 bis 29 ungewichtete Fälle

** 10 bis 19 ungewichtete Fälle

*** bis 9 ungewichtete Fälle

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1962/63, 1969, 1973, 1978 und 1983. Eigene Berechnungen.

Besonders bei den Haushalten mit einem nicht erwerbstätigen Haushaltsvorstand unter 50 Jahren ist seit 1973 ein beträchtlicher Anstieg der Armutsquoten zu beobachten.

Ursache für die positive Entwicklung bei den Personen in Haushalten mit einem Haushaltsvorstand über 65 Jahren dürfte einerseits der überproportionale Anstieg der Alterseinkommen im Vergleich zu den Netto-Erwerbseinkommen und andererseits die Einführung der Rente nach Mindesteinkommen im Jahr 1972 sein. Die Bedeutung der Rente nach Mindesteinkommen wird allerdings wegen der zeitlichen Begrenzung künftig wieder zurückgehen.

Die Gründe für die negative Entwicklung bei den Haushalten mit einem Haushaltsvorstand im erwerbsfähigen Alter sind sicher vielschichtiger. Der drastische Anstieg der Arbeitslosigkeit seit 1973, aber auch Einschränkungen im Niveau und in den Voraussetzungen des Bezugs von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, dürften die wesentlichen Ursachen für den bei dieser Gruppe zu beobachtenden Anstieg der Armut sein.

Kinderreichtum auch heute noch eine Ursache für Armut

Die Aufgliederung nach Haushaltstypen in Tabelle 3 gibt weiteren Aufschluß über die Problemgruppen. Deutlich wird, daß

Nichterwerbstätige stärker von Armut betroffen

Im Gegensatz zu den Armutsquoten von Personen in Haushalten mit erwerbstätigem Haushaltsvorstand liegen die Armutsquoten in Haushalten mit nicht erwerbstätigem Haushaltsvorstand deutlich über dem Durchschnitt. Differenziert man nach dem Geschlecht des Haushaltsvorstands, so zeigt sich, daß die Armutsquoten bei den Haushalten mit weiblichem Haushaltsvorstand etwas höher sind als bei den Haushalten mit männlichem Haushaltsvorstand. Während die personenbezogenen Armutsquoten bei Haushalten mit einem nicht erwerbstätigen Haushaltsvorstand über 65 Jahren seit 1963 deutlich zurückgegangen sind, zeigt sich bei den Personen in Haushalten mit einem Haushaltsvorstand unter 65 Jahren ein anderes Bild.

Tabelle 3: Personenbezogene Armutsquoten nach dem Haushaltstyp in % (50% des Äquivalenzeinkommens)

	1963	1969	1973	1978	1983
Alle Personen	14,8	9,1	5,5	6,2	7,0
Einpersonenhaushalte	14,6	10,4	6,3	6,9	6,8
Frauen	16,9	11,5	6,7	7,3	6,1
Männer	6,4	5,6	4,8	5,5	8,5
Ehepaare	15,2	8,7	5,0	5,7	6,1
ohne Kinder	9,5	5,0	4,5	4,9	4,5
mit 1 Kind	4,1	2,4	1,3	2,2	3,5
mit 2 und mehr Kindern	23,6	13,5	6,8	7,7	8,8
Alleinstehende	28,3	11,5	7,7	16,3	22,1
mit 1 Kind	13,7	4,9	6,7	7,1	11,0
mit 2 und mehr Kindern	42,4	19,4	9,5	25,1	35,3
Sonstige	12,4	10,7	8,3	6,2	7,7

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1962/63, 1969, 1973, 1978 und 1983. Eigene Berechnungen.

Tabelle 4: Personenbezogene Armutsquoten nach dem eigenen Alter und Geschlecht der in armen Haushalten lebenden Personen in % (50% des Äquivalenzeinkommens)

	1963	1969	1973	1978	1983
Alle Personen	14,8	9,1	5,5	6,2	7,0
Frauen	-	9,3	5,6	6,5	7,0
bis 17 Jahre	-	14,3	7,1	8,7	9,8
18 - 24 Jahre	-	4,6	3,2	5,1	9,3
25 - 49 Jahre	-	6,9	4,1	5,0	6,3
50 - 64 Jahre	-	5,9	4,3	4,3	4,3
65 Jahre u.ä.	-	12,9	9,2	9,3	7,2
Männer	-	8,6	5,4	5,9	7,0
bis 17 Jahre	-	13,8	7,7	8,7	10,4
18 - 24 Jahre	-	4,5	3,8	4,7	7,8
25 - 49 Jahre	-	6,4	3,6	4,4	5,7
50 - 64 Jahre	-	5,2	3,1	3,1	3,9
65 Jahre u.ä.	-	9,0	8,6	8,5	7,8

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1962/63, 1969, 1973, 1978 und 1983.
Eigene Berechnungen.

vor allem Alleinstehende mit Kindern überdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Neben den Alleinerziehenden zählen auch Ehepaare mit zwei und mehr Kindern zu den von Armut überdurchschnittlich betroffenen Gruppen. Diese Entwicklung kann als Zeichen dafür gewertet werden, daß Kindergeld und steuerliche Begünstigungen für Kinder nicht ausreichen, um Familien mit geringen Einkommen vor Armut zu schützen. Kinderreichtum ist auch heute noch eine Ursache für Armut.

Tabelle 4 gibt Aufschluß über die Alters- und Geschlechtsstruktur der von Armut betroffenen Personen. Im allgemeinen gilt, daß Frauen häufiger von Armut betroffen sind als Männer. Die Unterschiede sind allerdings nicht sehr groß, und sie haben im Zeitverlauf eher abgenommen. Von einer in den USA zu beobachtenden Feminisierung der Armut kann man in der Bundesrepublik nicht sprechen.

Auch in Tabelle 4 zeigt sich der schon vorher beobachtete Trend, daß bei Personen im Rentenalter die Armutsquoten deutlich zurückgegangen sind. Von dieser positiven Entwicklung besonders profitiert haben die Frauen in dieser Altersgruppe. Zu erkennen ist auch, daß die Armut bei Kindern und jungen Erwachsenen seit 1973 ganz deutlich im Steigen begriffen ist.

Sozialberichterstattung als Programm der Dauerbeobachtung gesellschaftlichen Wandels war das Thema einer internationalen Konferenz, die vom 18. bis 20. September 1989 im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) stattfand. Veranstalter waren der Sonderforschungsbereich 3 »Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik« der Universitäten Frankfurt a.M. und Mannheim, die Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des WZB sowie die Abteilung Soziale Indikatoren beim Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim. Der internationale Stand dieser sozialwissenschaftlichen Disziplin wurde durch über 20 Beiträge repräsentiert, die von Experten aus der amtlichen Statistik und wissenschaftlichen Forschungsinstituten aus folgenden Ländern vorgestellt wurden:

Entsteht eine neue Klassengesellschaft?

Die Bestandsaufnahme der relativen Armut für die Bundesrepublik Deutschland hat gezeigt, daß die Armut zwischen 1963 und 1973 deutlich zurückgegangen und anschließend wieder leicht angestiegen ist. Für das Entstehen einer neuen Klassengesellschaft sind aber bis 1983 keine Anzeichen erkennbar. Wirklich problematisch ist dagegen der Umstrukturierungsprozeß, der in diesem Zeitraum stattgefunden hat. Im Jahr 1983 sind vor allem die Jungen und die Familien mit mehreren Kindern, hier besonders die Alleinerziehenden, zu den Problemgruppen zu rechnen. Diese Entwicklung macht auch im Kampf gegen die Armut eine Umorientierung erforderlich.

*Richard Hauser / Peter Semrau
J.W. Goethe-Universität Frankfurt
(Tel.: 069 / 798-2961)*

Internationale Konferenz zur Sozialberichterstattung

Bundesrepublik Deutschland, DDR, Ungarn, CSSR, Niederlande, Schweden, Finnland, Spanien, Italien, Schweiz, U.S.A., Kanada, Australien.

Das Tagungsprogramm war in zwei thematische Schwerpunkte gegliedert: der erste Schwerpunkt, die »neue Phase« der Sozialberichterstattung dokumentierend, bezog sich auf den Stand und die Perspektive der anwendungsorientierten Sozialindikatorenforschung unter besonderer Berücksichtigung von verschiedenen nationalen Beispielen aus der Praxis der Sozialberichterstattung. »Grundlagentheoretische Beiträge« waren im zweiten Schwerpunkt zusammengefaßt, in dem vor allem das Verhältnis von Sozialberichterstattung und »Quality-of-Life«-Forschung anhand von Beispielen der sozialwissenschaftlichen Umfragefor-

schung diskutiert wurde. Zwischengeschaltet war eine Podiumsdiskussion, auf der dem internationalen Publikum am Beispiel der bundesdeutschen Sozialberichterstattung die Verbreiterung in verschiedene Lebens- und Politikbereiche (z.B. Gesundheits-, Bildungs-, Umweltberichterstattung) sowie die für die Sozialberichterstattung relevanten repräsentativen Datensätze (z.B. ALLBUS, Sozio-ökonomisches Panel, Wohlfahrts-survey) vorgestellt wurden.

Die »neue Phase« der Sozialberichterstattung weist sich beispielsweise dadurch aus, daß neben den seit immerhin fünfzehn Jahren fest etablierten und staatlich institutionalisierten Sozialberichtssystemen, etwa der Niederlande und Schwedens, in weiteren Ländern die Sozialindikatorenforschung auf Dauer institutionalisiert wurde (Bundesrepublik Deutschland) bzw. sich im Aufbau befindet (DDR, CSSR, Spanien, Italien). Zum anderen verschwinden frühere strikte Trennungslinien, etwa zwischen ausschließlich »objektiven« und »subjektiven« Indikatorenssystemen; Informationen über objektive Lebensbedingungen werden zunehmend durch subjektive Indikatoren aus der Umfrageforschung ergänzt (z.B. Ungarn, Bundesrepublik Deutschland); internationale Vergleiche und Analysen langfristiger Wohlfahrtsentwicklungen treten in den Vordergrund.

Neue »grundlagentheoretische Beiträge« waren beispielsweise dem Stellenwert von Zufriedenheitsindikatoren gewidmet. Dabei konnte überzeugend gezeigt werden, daß derartige Indikatoren auch im internationalen Vergleich — zum Beispiel mit empirischen Daten aus der »World Database on Happiness« (Universität Rotterdam) — sehr gut geeignet sind, das Niveau an Lebensqualität verschiedener Länder zu beschreiben. Methodische Studien zur Reliabilität und Validität subjektiver Indikatoren sowie langfristige Vergleiche zur Stabilität und zum Wandel der Struktur subjektiven Wohlbefindens, die beispielsweise am Institute for Social Research in Ann Arbor durchgeführt werden, machten gleichermaßen die Nützlichkeit solcher Indikatoren deutlich: Sie messen, was sie messen sollen, und sie reagieren sensibel auf Veränderungen objektiver Lebensbedingungen. Elaborierte Analysen — etwa auf der Basis von Paneldaten (Australien,

Bundesrepublik Deutschland) — zur theoretisch spannenden Frage der Kausalität zwischen subjektiven Indikatoren in einzelnen Lebensbereichen (»Macht Arbeit insgesamt glücklich oder sind zufriedene Menschen auch mit ihrer Arbeit zufrieden?«) machten ebenso wie die Gegenüberstellung von Ergebnissen der empirischen Wohlfahrtsforschung mit denen der »neuen« Schichtungsforschung — beide auf der empirischen Grundlage der deutschen Wohlfahrtssurveys — deutlich, daß erst mit der Verfügbarkeit »breiter« Datensätze die Enge einzelner Fragestellungen und Disziplinen sinnvoll überwunden werden kann.

Das Bild, das sich zusammenfassend aus den verschiedenen Beiträgen und Beispielen ergibt, ist das einer derzeit typischen Konsolidierungsphase der Sozialberichterstattung nach der ebenso typischen — 15 Jahre zurückliegenden — Euphorie mit anschließend ebenso typischer Ernüchterung zu Beginn der achtziger Jahre. Die Sozialberichterstattung auf reduziertem Anspruchsniveau ist

nach wie vor von erheblichem praktischem Nutzen. Dieser Standpunkt wurde gerade von Teilnehmern aus solchen Ländern vertreten, die eine längere Tradition der Sozialberichterstattung aufzuweisen haben.

Die inzwischen vorliegenden und vergleichbaren Datensätze — Systeme objektiver Indikatoren und ergänzende subjektive Informationen aus der Umfrageforschung — eröffnen der Sozialberichterstattung neue Analysemöglichkeiten vor allem des internationalen und längerfristigen Vergleichs einschließlich der Trendfortschreibung in die nähere Zukunft. Sie verweisen jedoch zugleich nicht weniger deutlich auf offene »neue« Grundlagenprobleme theoretischer und methodischer Art.

Die Beiträge zu dieser Konferenz werden 1990 in einem Sammelband publiziert.

Roland Habich
Wissenschaftszentrum Berlin
(Tel.: 030/25491-591)

Ausländer in Deutschland: Ein langwieriger Integrationsprozeß

Demographische und sozialstrukturelle Aspekte

Im Jahr 1973 verfügte die Bundesregierung den sogenannten Anwerbestopp, durch den die Einreise weiterer ausländischer Arbeitnehmer verhindert werden sollte. Der Zuzug aus den ehemaligen Anwerbeländern setzt sich seitdem überwiegend aus nachreisenden Ehegatten und minderjährigen Kindern zusammen. Der Anwerbestopp hat dazu beigetragen, daß Zahl und Anteil ausländischer Arbeitnehmer tendenziell gesunken sind und der Arbeitsmarkt damit langfristig entlastet wurde. Gleichzeitig ist er auch eine der Ursachen für den demographischen Wandel der ausländischen Bevölkerung, der sich seit Beginn der siebziger Jahre vollzogen hat. Durch die Verschiebungen der demographischen Strukturen verlagern sich auch die politischen Schwerpunkte der Ausländerproblematik. Beispielsweise rückt durch die deutlich gestiegene Zahl ausländischer Kinder im schulpflichtigen Alter eine ausländerbezogene Bildungspolitik gleichrangig neben die entsprechende Arbeitsmarktpolitik.

Die Aufenthaltsdauer der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer aus den sechs ehemaligen Anwerbeländern Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portu-

gal, Spanien und Türkei hat sich seit 1973 beträchtlich verlängert. Zumindest für die Staatsangehörigen aus den nicht zur europäischen Gemeinschaft gehören-

den Ländern spielt dabei eine Rolle, daß bei einer Rückkehr ins Heimatland die eventuelle spätere Wiedereinreise in die Bundesrepublik durch den Anwerbestopp kaum noch möglich ist. Von den Ausländern der oben genannten sechs Nationalitäten lebten 1973 knapp 56 Prozent noch keine vier Jahre in Deutschland. Dieser Anteil ist seitdem kontinuierlich bis auf gegenwärtig ungefähr zehn Prozent gesunken. Deutlich gestiegen ist dagegen der Anteil derjenigen, die schon zehn Jahre oder länger hier leben: von knapp elf Prozent im Jahr 1973 bis auf fast 68 Prozent im Jahr 1987.

Mit der Verlängerung der Aufenthaltsdauer ging eine Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status einher. Nach den Ergebnissen zweier 1980 und 1985 vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung durchgeführten Repräsentativbefragungen unter den sechs bereits genannten Nationalitäten stieg der Anteil der Ausländer mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis von 23 Prozent auf fast 38 Prozent. Noch deutlicher fiel die Verbesserung bei der Aufenthaltsberechtigung aus. Hier stieg der Anteil von knapp

zweieinhalb Prozent im Jahr 1980 auf über 23 Prozent im Jahr 1985. Stark zurückgegangen ist dementsprechend der Anteil der befragten Ausländer, die nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis besitzen.

Geringes Interesse an Einbürgerung

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung sollen die in Deutschland lebenden Ausländer sich entscheiden, ob sie in ihr Heimatland zurückkehren oder in Deutschland bleiben und sich den hiesigen Lebensformen anpassen wollen. Ganz am Ende dieses umfassenden Anpassungsprozesses steht dann die Einbürgerung. Von den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern aus den ehemaligen Anwerbeländern erwirbt allerdings jedes Jahr nur ein sehr geringer Prozentsatz die deutsche Staatsangehörigkeit. Beispielsweise betrug dieser Anteil im Jahr 1987 bei den Jugoslawen lediglich 0,4 Prozent, bei Italienern und Türken sogar nur 0,1 Prozent.

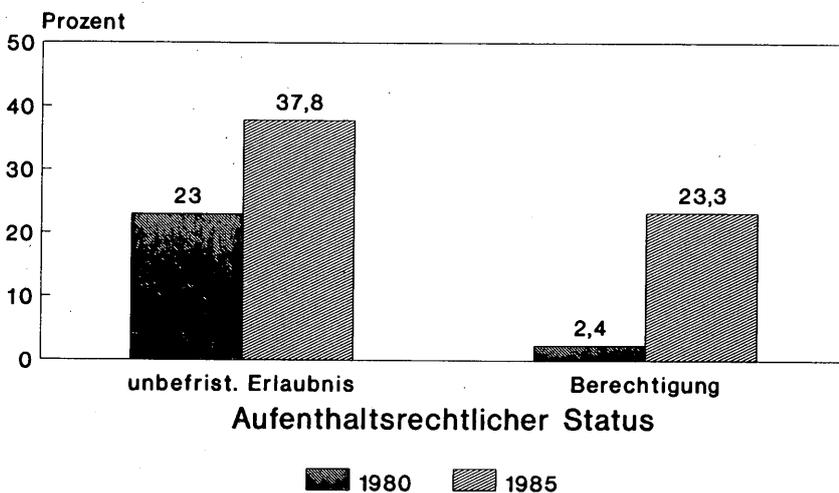
Von zentraler Bedeutung für die geringe Zahl der Einbürgerungen ist die negative Einstellung von Ausländern gegenüber der deutschen Staatsangehörigkeit. In den bereits genannten Repräsentativbe-

Tabelle 1: Bereitschaft zur Einbürgerung nach Nationalität und Alter

	Wollen die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen	
	1980 %	1985 %
Griechen	7,6	4,1
Italiener	7,0	4,4
Jugoslawen	7,3	6,9
Portugiesen	4,6	4,3
Spanier	5,3	3,4
Türken	6,2	7,5
15 - 24 Jahre	8,7	8,9
25 - 29 Jahre		6,2
30 - 34 Jahre		8,4
35 - 39 Jahre		5,6
40 - 44 Jahre		4,4
45 Jahre u.ä.	4,7	3,8
Insgesamt	6,6	6,2

Datenbasis: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Graphik 1. Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status von Ausländern 1980 und 1985



Datenbasis: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

fragungen äußerten 1980 und 1985 jeweils weniger als sieben Prozent der Befragten, die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen zu wollen. Die verschiedenen Nationalitäten weichen jeweils nur geringfügig von diesem Wert ab. Auch die Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen sind geringer als man vermuten könnte. Selbst bei der Altersgruppe der 15- bis 24-jährigen, wo man eine vergleichsweise positive Einstellung zur Einbürgerung annimmt, bleibt der Anteil derer, die die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen wollen, zu beiden Zeitpunkten unter neun Prozent. Auf die Frage nach den Gründen für die Ablehnung der deutschen Staatsangehörigkeit wurde sowohl 1980 als auch 1985 am häufigsten geantwortet, daß man Staatsangehöriger des Heimatlandes bleiben wolle. An zweiter Stelle stand jeweils die Absicht, in die Heimat zurückkehren zu wollen. Und als dritthäufigster Grund wurde die mit der deutschen Staatsangehörigkeit verbundene Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit genannt, weil eine Doppelstaatsangehörigkeit in der Regel nicht möglich ist.

Mit den Veränderungen der demographischen Strukturen der ausländischen Bevölkerung, die denen der deutschen Bevölkerung ähnlicher geworden sind, mit der Verlängerung des Aufenthalts, wodurch Lern- und Anpassungsprozesse wahrscheinlicher werden, sowie der Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status, die eine langfristige Lebensplanung in Deutschland erleichtert, haben sich die sozialstrukturellen und institutionellen Voraussetzungen für eine vollständige soziale Integration der in Deutschland lebenden Ausländer verbessert.

Schulische Integration kommt langsam voran

Das besondere Interesse der Bundesregierung ist auf die Integration der sogenannten »zweiten Ausländergeneration« gerichtet; das sind all diejenigen, die in Deutschland geboren sind. Ende des Jahres 1987 gehörten 23 Prozent der hier lebenden Ausländer aus den sechs ehemaligen Anwerbeländern Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien und Türkei der sogenannten »zweiten Generation« an. Berücksichtigt man aber nur die jugendlichen Ausländer unter 18 Jahren, dann beträgt der Anteil der »zweiten Generation« fast siebenzig Prozent. Im Gegensatz zu den sogenannten »Seiteneinsteigern«, d.h. denjenigen, die erst im schulpflichtigen Alter in die Bundesrepublik eingereist sind, besitzen die hier geborenen Ausländer in der Regel alle persönlichen Voraussetzungen —

insbesondere gute Kenntnisse der deutschen Sprache — für ein erfolgreiches Durchlaufen des deutschen Schulsystems.

Der Anteil ausländischer Schüler im allgemeinbildenden Schulsystem stieg von knapp drei Prozent im Jahr 1973 bis auf über zehn Prozent im Jahr 1987. Überdurchschnittliche Ausländeranteile finden sich bei den Grund- und Hauptschulen, seit 1977 bei den Sonderschulen sowie seit 1984 auch bei den Integrierten Gesamtschulen. Der relativ hohe Anteil ausländischer Schüler in Sonderschulen dürfte hauptsächlich auf noch vorhandene sprachliche Defizite zurückzuführen sein. Der überdurchschnittliche Ausländeranteil in den Integrierten Gesamtschulen mag als Indiz dafür gelten, daß diese Schulform für die Bildungsbedürfnisse und Lernprobleme von Ausländern in besonderem Maße geeignet ist.

Die Verteilung der ausländischen und der deutschen Schüler auf die verschiedenen Schularten des allgemeinbildenden Schulsystems sind seit Beginn der achtziger Jahre ähnlicher geworden. Das ist allerdings weniger auf den Abbau ausländerspezifischer Benachteiligungen sondern in erster Linie auf die Angleichung der Altersstrukturen ausländischer und deutscher Schüler zurückzuführen. Belegt wird dies auch durch die Entwicklung zwischen 1973 und 1980, wo die Unterschiede des Schulbesuchs zwischen Ausländern und Deutschen größer wur-

den, parallel dazu aber auch die Unterschiede zwischen den Altersstrukturen.

Uneinheitliche Entwicklungen bei der beruflichen Integration

Als zu Beginn der sechziger Jahre ausländische Arbeitnehmer in großer Zahl angeworben wurden, sollte damit der akute Arbeitskräftemangel in verschiedenen Wirtschaftszweigen behoben werden. Beschäftigung fanden die sogenannten »Gastarbeiter« vor allem im Verarbeitenden Gewerbe, in der Bauwirtschaft und im Dienstleistungsbereich. Dieser Tatbestand hatte sich bis zum Inkrafttreten des Anwerbestopps nicht grundlegend verändert. Im Jahr 1974 waren fast 86 Prozent der sozialversicherungspflichtigen ausländischen Arbeitnehmer in den drei genannten Wirtschaftszweigen beschäftigt; demgegenüber aber nur zwei Drittel aller Arbeitnehmer. Insbesondere für das verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft war die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer von erheblicher Bedeutung. Das belegen die vergleichsweise hohen Ausländeranteile an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Mit jeweils rund 15 Prozent lagen sie deutlich über dem Ausländeranteil in der Wirtschaft insgesamt.

Seit 1974 ist die Bedeutung der Ausländerbeschäftigung für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland tendenziell leicht gesunken. In allen Wirtschaftszweigen stagnieren die Ausländeranteile an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, oder sie gehen sogar zurück.

Gleichzeitig nimmt die Konzentration der Ausländerbeschäftigung auf einzelne Wirtschaftszweige leicht ab. Im Jahr 1988 sind nunmehr knapp 81 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe, der Bauwirtschaft und im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Bei den ausländischen und deutschen Arbeitnehmern zusammen ist der entsprechende Anteil dagegen nur geringfügig auf rund 65 Prozent gesunken.

Ein differenzierteres Bild von der Entwicklung der Ausländerbeschäftigung erhält man, wenn der Blick auf einen einzelnen Wirtschaftszweig oder die verschiedenen Wirtschaftsgruppen, aus denen er sich zusammensetzt, gerichtet wird. Im Dienstleistungsbereich bei-

Tabelle 2: Ausländer in allgemeinbildenden Schulen

	Anteil der ausländischen Schüler an allen Schülern in der jeweiligen Schulart			Anteil der ausländischen Schüler in der jeweiligen Schulart an allen ausländischen Schülern		
	1973 %	1980 %	1987 %	1973 %	1980 %	1987 %
Grund- und Hauptschulen	3,7	10,4	13,5	85,8	83,1	71,7
Sonderschulen	2,1	7,8	16,1	2,9	4,4	5,9
Realschulen	0,9	2,1	6,5	3,4	4,6	8,6
Gymnasien	1,1	1,9	4,0	6,9	6,3	9,3
Gesamtschulen	2,7	4,8	12,7	1,0	1,6	4,5
Allgemeinbildende Schulen Insgesamt	2,9	7,0	10,4	100	100	100

Datenbasis: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3: Die Bedeutung der Ausländerbeschäftigung in ausgewählten Wirtschaftsbranchen

	Anteil der beschäftigten Ausländer an allen in der jeweiligen Wirtschaftsbranche Beschäftigten			Anteil der in der jeweiligen Wirtschaftsbranche beschäftigten Ausländer an allen Ausländern		
	1974 %	1981 %	1988 %	1974 %	1981 %	1988 %
Verarbeitendes Gewerbe	15,3	12,8	10,4	61,9	56,8	52,1
Gießereien	28,3	26,6	23,9	2,8*	2,8*	3,0*
Baugewerbe	14,9	11,8	9,9	11,9	10,5	8,7
Dienstleistungen	9,1	8,3	7,5	11,8	15,8	19,8
Gaststätten und Beherbergung	21,7	21,4	19,3	28,1*	29,9*	28,6*
Rechts- und Wirtschaftsberatung	1,8	2,1	2,1	1,2*	1,5*	2,0*
Wirtschaft insgesamt	10,9	9,1	7,7	100	100	100

* Nicht auf die in der Wirtschaft insgesamt sondern auf die in der jeweiligen Wirtschaftsgruppe sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer bezogen.

Datenbasis: Bundesanstalt für Arbeit

spielsweise sinkt der Anteil der Ausländer an allen in diesem Wirtschaftszweig beschäftigten Arbeitnehmern. Gleichzeitig steigt aber der Anteil der im Dienstleistungsbereich beschäftigten Ausländer an allen ausländischen Arbeitnehmern. Im Zeitverlauf nimmt also die Bedeutung der Ausländerbeschäftigung für die Entwicklung des Dienstleistungsbereichs ab; es steigt aber die Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges für die Beschäftigung von Ausländern.

Anders als zwischen den relativ hochaggregierten Wirtschaftszweigen weisen die Ausländeranteile bei den abhängig Beschäftigten zwischen den verschiedenen Wirtschaftsgruppen erheblich höhere Schwankungen auf. Den höchsten Anteil ausländischer Arbeitnehmer weisen unter allen Wirtschaftsgruppen die Gießereien auf. Im Jahr 1974 lag der Ausländeranteil hier über 28 Prozent, und gegenwärtig beträgt er immer noch fast 24 Prozent. Innerhalb der Dienstleistungen ist die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer insbesondere für das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe von zentraler Bedeutung. Hier schwankt der Ausländeranteil konstant um zwanzig Prozent. Dagegen ist die Rechts- und Wirtschaftsberatung ein Beispiel für eine Wirtschaftsgruppe mit sehr geringer Ausländerbeschäftigung. Der Ausländeranteil bewegt sich hier permanent auf

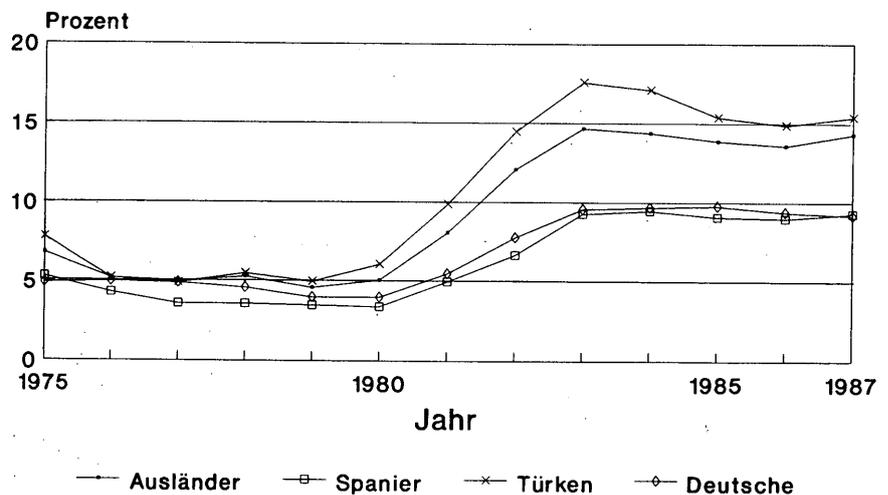
dem niedrigen Niveau von rund zwei Prozent. Während seit dem Inkrafttreten des Anwerbestopps die Verteilung der ausländischen Arbeitnehmer auf die verschiedenen Wirtschaftszweige sich der

entsprechenden Verteilung aller Arbeitnehmer tendenziell leicht annähert, kann innerhalb des Dienstleistungsbereichs eine geringfügige Vergrößerung der Unterschiede zwischen den Verteilungen auf die verschiedenen Wirtschaftsgruppen festgestellt werden.

Höhere Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit

Ausländische Arbeitnehmer sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als die Deutschen. Das spiegelt sich in einer höheren Arbeitslosenquote wider. Während die Arbeitslosenquote bei den Deutschen stets unter zehn Prozent blieb, kletterte sie bei den ausländischen Arbeitnehmern bis auf über vierzehn Prozent. Allerdings sind nicht alle Nationalitäten in gleichem Ausmaß von der Arbeitslosigkeit betroffen. Von den Ausländern aus den sechs ehemaligen Hauptanwerbeländern für ausländische Arbeitskräfte weisen gegenwärtig die Italiener mit fast 17 und die Türken mit über 15 Prozent die höchsten Arbeitslosenquoten auf. In einer vergleichsweise günstigen Position befinden sich die Spanier und vor allem die Portugiesen.

**Graphik 2
Entwicklung der Arbeitslosenquote bei Ausländern und Deutschen 1975 bis 1987**



Datenbasis: Bundesanstalt für Arbeit

Als in der ersten Hälfte der sechziger Jahre ausländische Arbeitnehmer in großer Zahl in die Bundesrepublik einreisten, wurden sie ganz überwiegend in wenig attraktiven Positionen beschäftigt, die aufgrund der günstigen Arbeitsmarktsituation nicht mit Deutschen besetzt werden konnten. Sie trugen damit dazu bei, Arbeitsplätze von Deutschen zu sichern und ermöglichten auch deutschen Arbeitnehmern mit geringer Qualifikation einen individuellen beruflichen Aufstieg. In der gegenwärtig noch immer angespannten Situation dagegen verschärfen die ausländischen Arbeitnehmer darüber hinaus noch die Konkurrenz um die ohnehin knappen Arbeitsplätze. Die höhere Arbeitslosenquote bei ausländischen Arbeitnehmern ist allerdings ein Indiz dafür, daß politische Parolen wie »Ausländer nehmen uns Deutschen die Arbeitsplätze weg« unzutreffend sind, und die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt — sofern sie aufgrund unterschiedlicher Qualifikationsstrukturen und Branchenverteilungen überhaupt besteht — häufiger zu Lasten der Ausländer entschieden wird.

Die unterschiedlichen Qualifikationsstrukturen und Branchenverteilungen ausländischer und deutscher Arbeitnehmer begrenzen die tatsächliche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt auf ein Maß, das deutlich geringer ist, als es die Propaganda von der rechten Seite des politischen Spektrums glauben machen will. Man muß allerdings davon ausgehen, daß der Wettbewerb durch die sich langsam verbessernde berufliche Integration von Ausländern insbesondere für deutsche Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation in den letzten Jahren härter geworden ist und sich diese Tendenz in naher Zukunft noch fortsetzen wird.

*Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-15)*

Datenreport 1989

Kontinuierliche Zusammenarbeit von amtlicher Statistik und Sozialwissenschaft

Mit der gerade erschienenen vierten Ausgabe des Datenreport 1989 haben die Bundeszentrale für politische Bildung und das Statistische Bundesamt wieder ein informatives Handbuch vorgelegt, das ein differenziertes Bild von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland vermittelt und das die objektiven Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden der Bevölkerung analysiert. Zu diesem Zweck haben amtliche Statistiker und Sozialwissenschaftler aus ihren Datenbeständen die wichtigsten Grundzahlen zusammengestellt, verständlich erläutert und kommentiert.

Als der Datenreport 1983 zum erstenmal publiziert wurde, verfolgten die Bundeszentrale für politische Bildung und das Statistische Bundesamt vor allem das Ziel, einer interessierten Öffentlichkeit wichtige Ergebnisse der amtlichen Statistik in leichtverständlicher Form näherzubringen. In der zweiten Ausgabe des Datenreport 1985 sollte die wirtschaftliche und soziale Situation in der Bundesrepublik Deutschland noch umfassender dargestellt werden. Der Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim konzipierte und verfaßte einen Teil II »Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden«, der den Teil I der amtlichen Statistik »Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik« um wohlfahrtsrelevante Informationen ergänzt, die außerhalb des Erhebungsprogramms der statistischen Ämter liegen. Damit wurde eine Brücke geschlagen zwischen den Zahlen und Fakten aus der amtlichen Statistik und den Erkenntnissen der Sozialwissenschaft über objektive Lebensbedingungen und deren subjektive Wahrnehmung und Bewertung.

Die amtliche Statistik ist der wichtigste Produzent von Grunddaten über die vielfältigsten Aspekte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland. Neben der großen Breite an Fragestellungen, für die sie Informationen zur Verfügung stellt, liegt die besondere Stärke der amtlichen Stati-

stik im großen Umfang und der langfristigen Kontinuität ihrer Erhebungen. Die amtliche Statistik ist ein Teil der Staatsverwaltung. Deshalb stellt ihre Tätigkeit auch eine Art Buchhaltung des Regierungs- und Verwaltungsgeschehens dar. Damit verbunden ist eine weitgehende Abstinenz der amtlichen Statistik von der Erhebung subjektiver Wertorientierungen und Einstellungen der Bevölkerung. Für die Lebensqualität von Personen sind aber nicht nur die objektiven Lebensbedingungen (z.B. Arbeitsbedingungen, Wohnverhältnisse, Umweltbelastungen) maßgeblich. Bedeutsam sind auch die subjektiven Bewertungen und die individuellen Wichtigkeiten der einzelnen Lebensbereiche sowie die verschiedenartigen sozialen Vergleiche, die Menschen hinsichtlich ihrer Lebensbedingungen vornehmen.

Die Konzeption des Datenreport 1985 fand bei einem großen Kreis von Interessenten ein ausgesprochen positives Echo. Deshalb haben die Bundeszentrale für politische Bildung und das Statistische Bundesamt sich entschlossen, den Datenreport regelmäßig im Abstand von jeweils zwei Jahren zu veröffentlichen. Auch die gerade erschienene vierte Ausgabe des Datenreport 1989 ist wieder in Zusammenarbeit von amtlichen Statistikern und dem Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim entstanden.

Im Teil I »Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik« vermittelt das Statistische Bundesamt Zahlen und Daten, die unsere gegenwärtige Situation ebenso charakterisieren, wie sie die vierzigjährige Entwicklung der Bundesrepublik protokollieren. Dabei sind auch die vorliegenden Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987 erstmals umfassend berücksichtigt worden. Die Ergebnisse der Volkszählung zeigen, daß zentrale statistische Größen, von denen man bisher ausging, sich als falsch erwiesen. So hatte man eine um ein bis zwei Millionen niedrigere Bevölkerungszahl für die Bundesrepublik angenommen, als die Volkszählung sie dann tatsächlich regi-

strierte. Dagegen wurde die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik bisher um mehr als eine halbe Million überschätzt. Und schließlich zeigte die Volkszählung, daß es in der Bundesrepublik eine Million weniger Wohnungen gibt, als man zuvor annahm.

Die am Datenreport 1989 beteiligten Sozialwissenschaftler greifen im Teil II »Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden« als Datenbasis vornehmlich auf die vom Sonderforschungsbereich 3 durchgeführten Wohlfahrtssurveys 1978, 1980, 1984 und 1988 sowie auf das Sozio-ökonomische Panel, das vom Sonderforschungsbereich 3 und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung seit 1984 gemeinsam durchgeführt wird, zurück. Auf der Grundlage der Wohlfahrtssurveys werden Aussagen möglich, wie sich die Zusammenhänge und Diskrepanzen zwischen objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden in einzelnen Lebensbereichen und bei verschiedenen sozialen Gruppen in den letzten zehn Jahren entwickelt haben. Das Sozio-ökonomische Panel erlaubt darüber hinaus Analysen individueller Wohlfahrtsverläufe.

Der Teil I des Datenreport 1989 ist in 20, Teil II in 21 Kapitel gegliedert, wobei sich häufig die einzelnen Kapitel der Teile I und II jeweils wechselseitig inhaltlich ergänzen. Der Datenreport 1989 ist bei der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn kostenlos erhältlich. Eine Buchhandelsausgabe besorgt der Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1989. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 280), Bonn 1989, 571 Seiten. ISBN 3-89331-050-9. ISSN 0435-7604.

Erich Wiegand
(Tel.: 0621 / 18004-15)

Legitimation sozialer Ungleichheit bleibt prekär

Ein Zeitvergleich mit Umfragedaten

Mit dem grundlegenden Wandel der Sozialstruktur, der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden hat, haben sich auch die Strukturen sozialer Ungleichheit verändert. Neuere Forschungsergebnisse zeigen, daß sich die Ungleichheiten zwischen den sozialen Schichten und Klassen allenfalls geringfügig und keineswegs immer im Sinne eines Abbaus von Ungleichheiten verändert haben. Dagegen wurden die Ungleichheiten zwischen einzelnen Sozialkategorien zum Teil erheblich reduziert. Deutlich verringert haben sich beispielsweise die Ungleichheiten der Bildungschancen zwischen den Geschlechtern sowie zwischen Stadt und Land oder die Einkommensunterschiede zwischen Erwerbstätigen und Rentnern. Wesentlich geringer, wenn überhaupt vorhanden, ist dagegen der Abbau von Ungleichheiten der Bildungschancen oder der Einkommensunterschiede zwischen sozialen Schichten und Klassen. Ganz erheblich zugenommen haben beispielsweise die Ungleichheiten der Einkommen von Lohnabhängigen und Selbständigen.¹

Nach einer häufig vertretenen These spielt die verbliebene soziale Ungleichheit wegen der allgemeinen Verbesserung der Versorgungslage, des hohen erreichten Wohlstandsniveaus und der sozialen Absicherung von Lebensrisiken heute eine wesentlich geringere Rolle. Das gilt sowohl für die Strukturierung der Gesellschaft als auch für die aus Ungleichheiten folgenden Konsequenzen für das soziale Bewußtsein oder für die sich aus ihnen ergebenden sozialen Konflikte. Wenn Ulrich Beck von der Gesellschaft »jenseits von Klasse und Stand« spricht, dann ist explizit nicht gemeint, daß die entsprechenden Ungleichheiten faktisch verschwunden wären, sondern in erster Linie, daß sie ihre Bedeutung für die Prägung von Verhalten und Einstellungen verloren hätten. Sie seien hierbei durch andere Faktoren ersetzt worden, sofern es in den individualisierten Lebensstilen überhaupt noch prägende Muster gäbe. Im folgenden sollen am Beispiel der Wahrnehmungen und Bewertungen sozialer Ungleichheit durch die Bevölkerung der Bundesrepublik einige empirische Befunde zur Diskussion dieser These beigetragen werden.

Die Existenz sozialer Ungleichheit ist in der Regel insofern prekär, als die Benachteiligten ein Interesse daran haben, Ungleichheiten abzubauen und einen entsprechenden Ausgleich herbeizuführen. Allerdings ist dies in hohem Maße davon abhängig, welche Ungleichheiten überhaupt wahrgenommen werden, wie sie begründet und wie sie bewertet werden. Wenn Ungleichheiten als gering wahrgenommen werden oder in Übereinstimmung mit allgemein akzeptierten Verteilungskriterien und vorherrschenden Wertorientierungen erscheinen, sind sie legitimiert und der Druck sie zu verändern weniger wahrscheinlich als unter Bedingungen, in denen eine Legitimierung nicht gegeben ist.

Eine entscheidende Voraussetzung der Legitimierung sozialer Ungleichheit in modernen Gesellschaften ist die Vorstellung von Leistungsgerechtigkeit in der Verteilung von Gütern und Belohnungen. Ungleichheiten sind demnach akzeptabel, soweit sie unterschiedliche Fähigkeiten und Leistungen widerspiegeln. Die Chancen des Zugangs zu Vorteilen sollen offen sein, d.h. nicht von Klassenzugehörigkeit oder Herkunft abhängen, sondern sich nach erworbenen Qualifikationen und persönlicher Leistung richten. Chancengleichheit rechtfertigt Verteilungsungleichheit. Die Rechtfertigung sozialer Ungleichheit beruht zu einem wesentlichen Teil auf dem funktionalistischen Argument, Ungleichheiten seien notwendig, um Menschen zu hohen Lei-

1 Dieser Beitrag ist entstanden während eines Forschungsaufenthalts von Vered Kraus an der Universität Mannheim und von Walter Müller am Center for Advanced Study in the Behavioral Sciences, Stanford.

stungen, die zur Verbesserung der Wohlfahrt aller beitragen, zu motivieren. Diese Art von Legitimierung sozialer Ungleichheit wird jedoch nicht von der gesamten Bevölkerung gleichermaßen geteilt.

Wiederholt haben empirische Studien gezeigt, daß die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber sozialer Ungleichheit entlang einer Achse von legitimierender Akzeptanz der Leistungsideologie zu egalitärer Sozialkritik strukturiert sind. Auf der Basis einer Vielzahl von Einstellungsmessungen sowohl bei repräsentativen Bevölkerungsquerschnitten wie besonderen Bevölkerungsgruppen (Akademiker, Studenten) konnte z.B. in den Arbeiten von Johann Sandberger ein übergreifendes Strukturmodell festgestellt werden, das alle untersuchten kognitiven Vorstellungen, Standards und Bewertungen von Chancen- und Verteilungsungleichheit einschließt. Diese Struktur kontrastiert affirmativ-legitimierende und kritisch-egalitäre Orientierungen als die beiden Pole einer Achse.

Um ihre Vorteile zu rechtfertigen, werden vor allem Personen, die durch das bestehende Verteilungssystem bevorzugt werden, affirmativ-legitimierende Orientierungen aufweisen, während Angehörige benachteiligter Klassen eher dem kritischen Pol zuneigen werden. Frühere Untersuchungen haben durchweg auch entsprechende Ergebnisse erbracht, obgleich der Zusammenhang zwischen Klassenzugehörigkeit und ungleichheitsbezogenen Orientierungsmustern sich als nicht sehr stark ausgeprägt erwies. Im Hinblick auf die These der abnehmenden Bedeutung von Ungleichheit wäre zu erwarten, daß kritische Orientierungen an Bedeutung verlieren, und daß die entsprechenden Unterschiede zwischen den sozialen Klassen geringer werden.

Kritische Einstellungen zur sozialen Ungleichheit nehmen teilweise zu

Tabelle 1 zeigt, wie die wahlberechtigte Bevölkerung der Bundesrepublik zu einer Reihe von Aussagen zur sozialen Ungleichheit in den Jahren 1976 und 1984 Stellung nimmt. Der leichteren Interpretierbarkeit wegen sind die Zahlen jeweils so ausgewiesen, daß eine höhere Zahl einen höheren Anteil von Personen mit kritischer Einstellung anzeigt. Nach die-

Tabelle 1: Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland 1976 und 1984

Anteile Zustimmung (Z) oder Ablehnung (A) zur jeweiligen Aussage in %	Z/A	1976	1984
A) Gerechtigkeit der Verteilung			
A1) Gewinnverteilung ist gerecht: »Die wirtschaftlichen Gewinne werden heute in der Bundesrepublik im großen und ganzen gerecht verteilt.«	A	58	63
A2) Soziale Unterschiede sind gerecht: »Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im großen und ganzen gerecht.«	A	36	52
B) Verteilungsprozesse — Chancenungleichheit			
B1) Alte Klassenunterschiede: »In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Unterschiede zwischen Besitzenden und Arbeitenden. Die persönliche Stellung hängt im wesentlichen davon ab, ob man zu der oberen oder unteren Klasse gehört.«	Z	60	65
B2) Schicht und Elternhaus: »In der Bundesrepublik gibt es noch große Unterschiede zwischen den sozialen Schichten, und was man im Leben erreichen kann, hängt im wesentlichen davon ab, aus welchem Elternhaus man kommt.«	Z	59	55
B3) Offene Gesellschaft: »Die Bundesrepublik ist eine offene Gesellschaft. Was man im Leben erreicht, hängt nicht mehr vom Elternhaus ab, aus dem man kommt, sondern von den Fähigkeiten, die man hat, und der Bildung, die man erwirbt.«	A	29	28*
B4) Wirtschaftslage und kollektive Akteure: Was man im Leben bekommt, hängt nicht so sehr von den eigenen Anstrengungen ab, sondern von der Wirtschaftslage, der Lage auf dem Arbeitsmarkt und den Sozialleistungen des Staates.«	Z	54	59
C) Rechtfertigung von Ungleichheit			
C1) Ungleichheit zur Leistungsmotivation nötig: »Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen.«	A	39	44
C2) Rangunterschiede zeigen, was man aus seinen Chancen gemacht hat: »Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hätte, gemacht hat.«	A	41	49
C3) Wirtschaft braucht Gewinne: »Die Wirtschaft funktioniert nur, wenn die Unternehmer gute Gewinne machen, und das kommt letzten Endes allen zugute.«	A	30	30*

* Unterschied zwischen 1976 und 1984 nicht signifikant auf dem 5%-Niveau. Befragte 1976 n = 2 036; 1984 n = 3 004.

Datenbasis: ZUMABUS 1976 und ALLBUS 1984

sen, sich auf die Gesamtbevölkerung beziehenden Ergebnissen, gibt es keine dramatischen Veränderungen zwischen beiden Zeitpunkten. Allerdings verändert sich nur die Haltung zur Aussage B2 signifikant in die weniger kritische Rich-

tung. Für die meisten Aussagen findet man deutliche Verschiebungen hin zum kritischen Pol. Besonders ausgeprägt ist diese Tendenz bei der Aussage »Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im großen und ganzen gerecht.«

Während 1976 nur 36% aller Befragten dieser Aussage nicht zugestimmt haben, wurde sie 1984 von 52% abgelehnt.

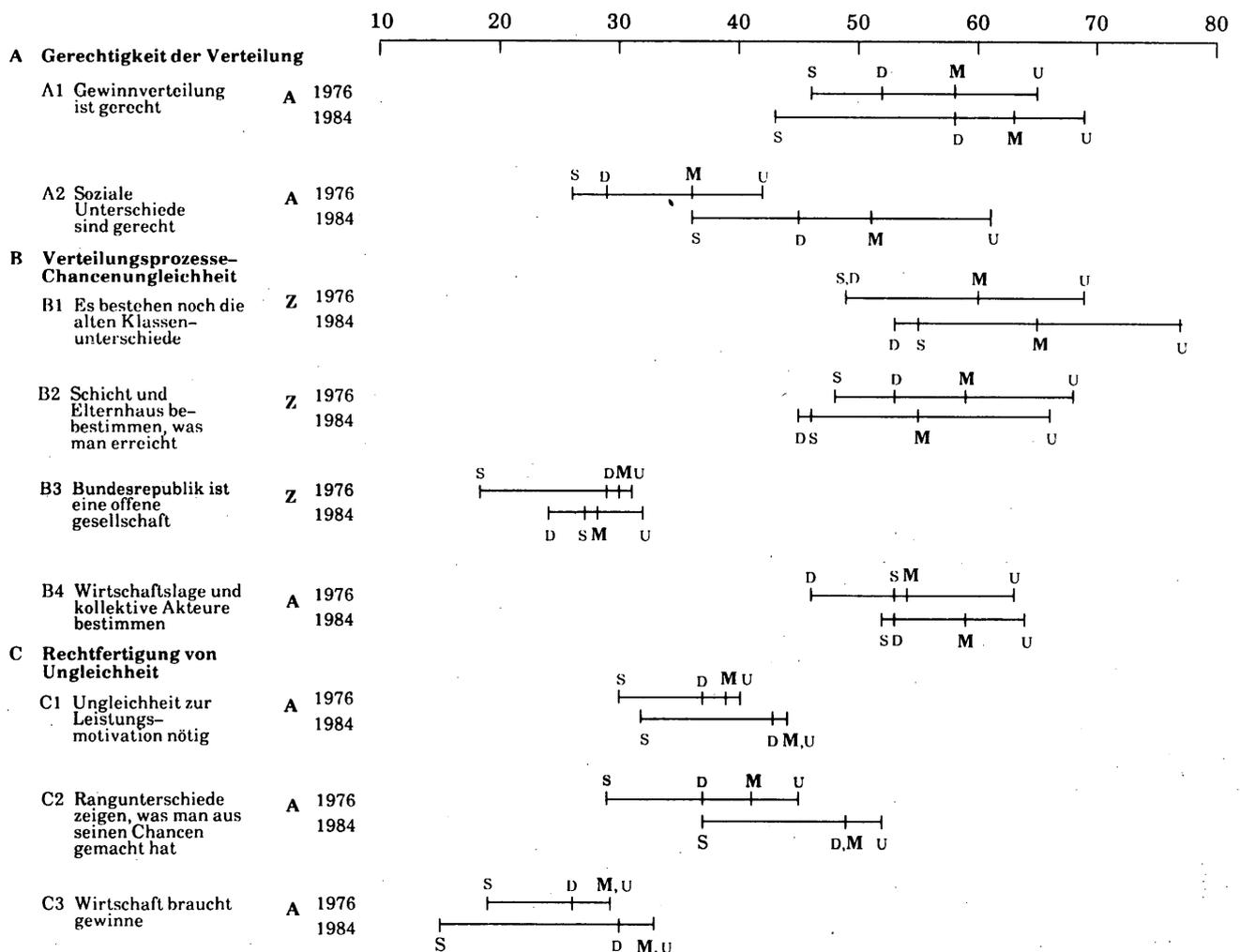
Ein weiterer, im Hinblick auf die These schwindender Relevanz sozialer Ungleichheit eher unerwarteter Befund liegt in den allgemein recht hohen Anteilen kritischer Einstellungen. Zu beiden Zeitpunkten übernimmt bei über der Hälfte der Aussagen die Mehrheit der Bevölkerung die kritische Position. Das ist besonders bei den bewertenden Aussagen zur Gerechtigkeit der Verteilung bemerk-

kenswert. Hier wird selbst eine nur einschränkend legitimierend formulierte Behauptung (Aussage A1) mehrheitlich abgelehnt. Überwiegend Zustimmung findet man nur bei den Aussagen zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit.

Ambivalent sind dagegen die Reaktionen zu den Aussagen, die sich auf die Faktoren und Prozesse beziehen, von denen es abhängen könnte, was man im Leben erreicht. Die Aussagen B1 und B2, die kritisch behaupten, daß Klassen und Schichtzugehörigkeit die zentralen chan-

cenbestimmenden Faktoren seien, finden breite Zustimmung. Offensichtlich nimmt die Bevölkerung ein erhebliches Maß an Chancengleichheit wahr. Gleichzeitig wird jedoch die Beschreibung der Bundesrepublik als offene Gesellschaft, in der das im Leben Erreichte von Fähigkeiten und Bildung abhängt (Aussage B3), nur von einer Minderheit der Befragten abgelehnt. Damit werden sowohl die Herkunftsbestimmtheit sozialer Chancen wie auch ihre tatsächliche Vermittlung über das Bildungssystem sowie unterschiedliche Fähigkeiten als bedeut-

Graphik 1: Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland 1976 und 1984



Anteile Zustimmung (Z) bzw. Ablehnung (A) in % bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen.
 M = Gesamtbevölkerung V = un-, angelernte Arbeiter S = Selbständige D = Dienstklasse
 Befragte 1976 n = 2036; 1984 n = 3004.

Datenbasis: ZUMABUS 1976 und ALLBUS 1984

sam für die Strukturen sozialer Ungleichheit gesehen. Breite Zustimmung findet auch die Aussage B4, in der nicht die eigenen Anstrengungen, sondern vom Einzelnen kaum beeinflussbare gesellschaftliche Bedingungen und die Auseinandersetzungen kollektiver Akteure als entscheidend für das eigene Lebensniveau dargestellt werden.

Deutliche Unterschiede zwischen den sozialen Klassen

Wie die Urteile nach sozialen Klassen differieren, kann aus Graphik 1 entnommen werden. Für jede Aussage und jeden Zeitpunkt stellt die eingezeichnete Linie die Spannweite dar, die zwischen den Anteilen kritischer Urteile in verschiedenen sozialen Klassen besteht. Je weiter rechts ein Punkt liegt, desto höher ist der Anteil derer, die eine kritische Einstellung äußern. Der mit »M« bezeichnete Punkt symbolisiert den aus Tabelle 1 bekannten Bevölkerungsdurchschnitt. Die Symbole »U«, »S« und »D« zeigen die entsprechenden Anteile für die drei Klassen der un- und angelernten Arbeiter (U), der Selbständigen (S) sowie der Dienstklasse der gehobenen und leitenden Angestellten und Beamten (D). Andere soziale Klassen, wie die ausführenden Angestellten, die Facharbeiter oder die Vorarbeiter und Meister liegen zwischen den — in der Regel durch »U« und »S« besetzten — Extremwerten. Dabei befinden sie sich durchgehend umso näher am unkritischen Ende des Spektrums, je günstiger ihre soziale Lage ist.

Die vorliegende Graphik zeigt zum Teil stark ausgeprägte Unterschiede zwischen den sozialen Klassen. Das gilt vor allem für die Aussagen zur Gerechtigkeit der Verteilung sowie für die Aussagen über die Verteilungsprozesse und die Chancenungleichheit. Es trifft weniger zu bei den Aussagen zur Leistungsideologie als Rechtfertigung von Ungleichheit. Vergleicht man die beiden Erhebungszeitpunkte, stellt man fest, daß die Abhängigkeit ungleichheitsbezogener Einstellungen von der Klassenlage tendenziell zunimmt. Bei der einzigen Aussage, bei der die Klassenunterschiede deutlich kleiner geworden sind (Aussage B4), haben sich in erster Linie die Angehörigen der Dienstklasse den weniger individualistischen Orientierungen der ungelerten Arbeiter angenähert. Nach den Erfah-

rungen der wirtschaftlichen Krise und der hohen Arbeitslosigkeit zu Beginn der achtziger Jahre ist die Hinwendung der höheren Angestellten und Beamten zu stärker kollektiv orientierten Deutungen nicht unverständlich.

Höhere Bildung begünstigt kritische Einstellungen zur sozialen Ungleichheit

Im folgenden Schritt soll die Frage der sozialstrukturellen Bestimmtheit ungleichheitsbezogener Orientierungen und ihrer Veränderungen über die Zeit durch die Berücksichtigung zusätzlicher Faktoren erweitert werden. Zu diesem Zweck wurde für jede befragte Person ein Index der Kritik sozialer Ungleichheit gebildet. Dabei wurden die Skalenwerte der einzelnen Aussagen — soweit erforderlich —

zunächst so umgepolt, daß höhere Werte eine kritischere Orientierung bedeuten, dann aufaddiert und durch die Zahl der berücksichtigten Aussagen dividiert. Der Index kann zwischen den Werten 1 und 4 variieren. Der Wert 4 zeigt an, daß bei jeder Einzelaussage die höchstmögliche kritische Position eingenommen wird. Der Wert 1 dagegen bedeutet, daß bei jeder Einzelaussage vollständige Übereinstimmung mit der die Ungleichheit legitimierenden Variante besteht.

Die in Tabelle 2 aufgeführten Ergebnisse einer Regressionsanalyse zeigen, wie stark der Indexwert in Abhängigkeit von einzelnen Bestimmungsgrößen variiert. Bezugspunkt ist der Indexmittelwert der Gruppe von Befragten des Jahres 1976, deren soziale Merkmalskombination in der Regel mit einer stärker kritischen

Tabelle 2: Ungleichheitskritik und Position in der Sozialstruktur

Indexmittelwert der Bezugsgruppe:	2.81
un-/angelernte Arbeiter; unterstes Quartil der Einkommensverteilung; Gewerkschaftsmitglied; ältere Kohorte, keine höhere Bildung; Erhebungsjahr 1976	
Abweichungen vom Mittelwert der Bezugsgruppe:	
Klassenzugehörigkeit:	
Selbständige	-0,28
höhere Angestellte und Beamte	-0,31
gehobene Angestellte und Beamte	-0,20
ausführende Angestellte und Beamte	-0,01
Facharbeiter und Meister	-0,06
Lage der Einkommensverteilung:	
2. Quartil (26 - 50%)	-0,05*
3. Quartil (51 - 75%)	-0,12
76 - 90%	-0,19
oberstes Dezil (91 - 100%)	-0,34
keine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft	-0,20
Kohortenzugehörigkeit und Bildung:	
ältere Kohorte, höhere Bildung	+0,09*
jüngere Kohorte, keine höhere Bildung	+0,09
jüngere Kohorte, höhere Bildung	+0,45
Erhebungsjahr 1984	+0,06

* Effekt nicht signifikant auf dem 5%-Niveau.
Befragte 1976 n=2 036; 1984 n=3 004.

Datenbasis: ZUMABUS 1976 und ALLBUS 1884

Haltung verbunden ist. In dieser Befragungsguppe liegt der Wert mit 2,81 sehr deutlich im kritischen Bereich des Einstellungskontinuums, obwohl der Index eine Reihe von Aussagen zur sozialen Ungleichheit enthält, bei denen deutliche Mehrheiten aller Befragten legitimierende Positionen einnehmen. Aus den weiteren Zahlen der Tabelle 2 wird ersichtlich, wie sich verschiedene soziale Gruppen, die durch andere Merkmalskombinationen charakterisiert sind, von der Referenzgruppe unterscheiden. Negative Werte zeigen weniger, positive Werte mehr Ungleichheitskritik an.

Alle in die Analyse einbezogenen Statusvariablen haben eigenständige Effekte, die sich zum Teil kumulieren, zum Teil jedoch konterkarieren. Die Befragten zeigen systematisch umso weniger ungleichheitskritische Einstellungen, je günstiger ihre Klassenlage und je höher ihr Einkommen ist. Höhere Bildung dagegen führt zu einer kritischeren Haltung gegenüber sozialer Ungleichheit. Allerdings gilt das nicht für alle Alterskohorten gleichermaßen. Für Personen, die vor 1939 geboren sind und die in der Tabelle als »ältere Kohorte« bezeichnet werden, wirkt sich höhere Bildung nicht signifikant auf die Einstellung zur sozialen Ungleichheit aus. Die Angehörigen der »jüngeren Kohorte« sind im Vergleich zur »älteren Kohorte« generell — auch ohne höhere Bildung — ungleichheitskritischer. Darüber hinaus verstärkt in der »jüngeren Kohorte« eine höhere Bildung die ohnehin kritischere Einstellung noch ganz erheblich.

Von Interesse ist schließlich auch, daß das Muster und die Stärke der verschiedenen Einflüsse zu beiden Erhebungszeitpunkten identisch sind. Entsprechende Tests haben keine signifikanten Unterschiede ergeben. Allerdings zeigt sich nach Kontrolle aller Faktoren für 1984 eine leichte — aber dennoch signifikante — globale Zunahme der Ungleichheitskritik. Sie besteht über alle Gruppen hinweg, unabhängig von dem Effekt demographischer Umschichtungen, der zur Folge hat, daß 1984, im Vergleich zu 1976, ein kleinerer Anteil der weniger kritischen Vorkriegsjahrgänge und ein größerer Anteil jüngerer Personen mit höherer Bildung befragt wurde. Durch einen Vergleich von nur zwei Erhebungszeitpunkten läßt sich allerdings nicht entscheiden, ob es sich bei der Zunahme un-

gleichheitskritischer Einstellungen um einen längerfristigen Trend handelt oder ob besondere Bindungen zu einem der beiden Erhebungszeitpunkte dafür verantwortlich sind.

Insgesamt bieten die dargestellten Ergebnisse weder Anhaltspunkte für den Abbau ungleichheitskritischer Einstellungen noch für die Erosion der Unterschiede zwischen den sozialen Klassen. Im Gegenteil, die Unterschiede zwischen den

sozialen Klassen und Einkommensgruppen zeigen eine bemerkenswerte Konstanz, und mit den demographischen sowie bildungsbezogenen Umschichtungen nehmen Bevölkerungssegmente zu, für die Legitimation sozialer Ungleichheit eher prekär ist.

*Vered Kraus, Universität Haifa
Walter Müller, Universität Mannheim
(Tel.: 0621/292-5298)*

Bilanz der Bildungspolitik

Schichtspezifische Bildungsunterschiede blieben erhalten

Probleme und Perspektiven der Bildungspolitik stoßen neuerdings wieder auf ein größeres Interesse, nachdem die bildungspolitische Diskussion zeitweilig nahezu verstummt war. Das wiedererwachte Interesse zeigt sich sowohl auf der nationalen wie auch auf der internationalen Ebene, wie beispielsweise die Einrichtung der Enquetekommission »Bildung 2000« durch den Deutschen Bundestag und ein aktuelles Projekt der OECD über »Bildungsindikatoren und die Evaluation von Bildungssystemen« dokumentieren.

In diesem Zusammenhang verdient eine Studie aus dem Deutschen Institut für internationale pädagogische Forschung über »Perspektiven des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland« Aufmerksamkeit, die von Horst Weisheit, Manfred Weiß, Hasso v. Recum und Rüdiger Haug vorgelegt wurde.

Gegenstand der Untersuchung sind die langfristigen Entwicklungen des Bildungswesens der Bundesrepublik und seiner Rahmenbedingungen: »Auf der Grundlage umfangreichen statistischen Materials wird dessen Ausbau in den letzten 30 Jahren sowie die geplante und prognostizierte künftige Entwicklung dargestellt«. Die Studie versteht sich als ein Beitrag zu einer Dauerbeobachtung der Bildungsentwicklung, dem weiteren folgen sollen. Das Datenmaterial — so

die Autoren — »ist gedacht als ein Indikatortableau zur Beobachtung und Evaluation der gesamtstaatlichen Bildungspolitik«.

Von den fünf Kapiteln der Studie ist das über die »Erreichung der bildungspolitischen Ziele« aus der Perspektive der Sozialberichterstattung das interessanteste. Die übrigen Kapitel befassen sich mit den Entwicklungsphasen der Bildungspolitik, den Rahmenbedingungen des Bildungswesens, Entwicklungen in den einzelnen Sektoren sowie der Funktionserfüllung und dem Ressourcenbedarf des Bildungssystems.

Ob mit dem Ausbau des Bildungswesens die intendierten bildungspolitischen Ziele tatsächlich erreicht wurden, untersuchen die Autoren anhand von drei Kriterien: (1) der Quantität und Qualität der vom Bildungssystem vermittelten Qualifikationen, (2) der Verwertbarkeit der erworbenen Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt und (3) dem erreichten Grad von Chancengleichheit.

Die Studie attestiert der Bildungspolitik beachtliche Erfolge soweit es um das Ziel der Steigerung des gesellschaftlichen Bildungsniveaus geht. Nicht belegt findet sie die These eines mit der Bildungsexpansion einhergehenden Qualitätsverlustes und Leistungsverfalls. Allerdings offenbaren sich gerade an dieser Stelle auch

die Unzulänglichkeiten der Bildungsstatistik, die für eine »Qualitätskontrolle« kaum geeignete Informationen bereitstellt. Nicht eindeutig kann die Frage nach der Verwertbarkeit der vermittelten Qualifikationen beantwortet werden. Hier zeigt sich einerseits, daß mehr und höhere Bildung auf dem Arbeitsmarkt durchaus honoriert wird und sich z.B. in einem geringeren Arbeitslosigkeitsrisiko, aber auch einem höheren Einkommen auszahlt. Andererseits sind jedoch auch Tendenzen erkennbar, selektive Funktionen mehr und mehr aus dem Bildungssystem in das Beschäftigungssystem zu verlagern.

Erfolgreich war die Bildungspolitik insbesondere auch beim Abbau von Chancenungleichheiten: »Konfessionelle, geschlechtsspezifische und wohnortbedingte Disparitäten in der Beteiligung an weiterführenden Bildungsgängen konnten durch den Ausbau des Bildungswesens in den letzten zwei Jahrzehnten beseitigt oder zumindest reduziert werden«. Regionale Disparitäten blieben jedoch in beachtlichem Umfang erhalten, und es ist vor allem nicht gelungen, schichtspezifische Unterschiede in der Bildungsbeteiligung wesentlich zu verringern. Den Befund, einer chancenegalierenden Funktion der Gesamtschulen sehen die Autoren vor allem in einer Reduzierung der Leistungsanforderungen begründet. Dies — so die weitreichende bildungspolitische Schlußfolgerung — könnte auf eine Inkompatibilität zwischen den Zielen eines hohen Maßes an Chancengleichheit und einer optimalen Qualifizierung hindeuten.

Die vorliegende Studie kann nicht nur als eine kompetente Bilanzierung der Bildungspolitik der vergangenen 30 Jahre gelesen werden, sie stellt auch einen beachtlichen Schritt auf dem Weg zu einer Bildungsberichterstattung dar. Aus dieser Perspektive ist besonders die umfangreiche Zusammenstellung von Zeitreihendaten zur Bildungsentwicklung hervorzuheben, auch wenn von einem Indikatorentableau im engeren Sinne gegenwärtig noch nicht gesprochen werden kann.

Weishaupt, Horst / Weiß, Manfred / v. Recum, Hasso / Haug, Rüdiger: Perspektiven des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen, Problemlagen, Lösungsstrategien.

Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft) 1988. 342 Seiten.
ISBN 3-7890-1675-6. 48,- DM

Heinz-Herbert Noll
(Tel.: 0621/18004-14)

Sozialindikatorenforschung in der Bundesrepublik und in der DDR

Internationales Kolloquium

Die Europäische Akademie Otzenhausen veranstaltete vom 3. bis 5. November 1989 ein Kolloquium zur Sozialstruktur- und Sozialindikatorenforschung in der Bundesrepublik und in der DDR. Die Veranstaltung wurde von Heiner Timmermann geleitet. Es war bereits das dritte Kolloquium der Akademie, das unter Beteiligung von Sozialwissenschaftlern aus der DDR stattfand.

Das Programm der Veranstaltung fand das Interesse von zahlreichen Teilnehmern aus der Bundesrepublik, aus Frankreich und Großbritannien, die insbesondere auch die Gelegenheit nutzten mit den anwesenden Sozialwissenschaftlern aus der DDR über die Hintergründe und Perspektiven der sich in diesen Tagen überschlagenden gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR zu diskutieren.

Die fünf Wissenschaftler aus der DDR, die der Veranstalter als Referenten eingeladen hatte, sind alle am Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR tätig: Horst Berger, Toni Hahn, Klaus Schwitzer, Wolfgang Speigner und Gunnar Winkler, der zugleich Direktor des Instituts ist. Zum Stand der Forschung, Ergebnissen und neueren Entwicklungen der Sozialstruktur- und Sozialindikatorenforschung in der Bundesrepublik referierten Wolfgang Glatzer (Universität Frankfurt), Charlotte Höhn (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wies-

baden), Stefan Hradil (Universität München) und Heinz-Herbert Noll (ZUMA, Mannheim).

Diskutiert wurden im Rahmen des Kolloquiums Beiträge der demographischen Forschung zur Sozialstrukturanalyse (Höhn, Speigner, Winkler), Konzepte und Perspektiven der Sozialindikatorenforschung (Berger, Noll), Tendenzen des Freizeitverhaltens in der DDR (Hahn), Lebensbedingungen von älteren Bürgern in der DDR (Schwitzer), Ansätze und Ergebnisse der Lebenslagenanalyse (Hradil) sowie Methoden und Ergebnisse der Messungen des subjektiven Wohlbefindens in der Bundesrepublik (Glatzer).

In einem außergewöhnlich offenen und anregenden Gesprächsklima bot die Veranstaltung vielfältige Gelegenheit für ausführliche Diskussionen und einen deutsch-deutschen Erfahrungsaustausch unter Sozialwissenschaftlern. Vor allem auf dem Gebiet der Sozialindikatorenforschung ergaben sich zudem Ansatzpunkte zu einer verstärkten Kooperation bis hin zu gemeinsamen vergleichenden Studien.

Ein Tagungsband ist in Vorbereitung und wird voraussichtlich im Februar 1990 im Dadder-Verlag, Saarbrücken erscheinen.

Heinz-Herbert Noll
(Tel.: 0621/18004-14)

Working Group »Social Indicators« auf dem Weltkongreß für Soziologie

Die International Sociological Association (ISA) veranstaltet vom 9. bis 13. Juli 1990 in Madrid den zwölften Weltkongreß für Soziologie. Die Arbeitsgruppe »Social Indicators« innerhalb der ISA führt hier neun Arbeitssitzungen durch. Gegenstand des umfangreichen Programms sind sowohl inhaltliche Probleme als auch methodische Fragen der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung, der Sozialberichterstattung und der Lebensqualitätsforschung. Einen Schwerpunkt bilden dabei Analysen wohlfahrtsrelevanter gesellschaftlicher Entwicklungen über die Zeit und im internationalen Ver-

gleich. Die Messung von Glück und Zufriedenheit als Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens wird in mehreren Arbeitssitzungen behandelt. Ein anderer wichtiger Aspekt ist die prospektive Sozialberichterstattung, d.h. die vorausschauende Ermittlung zukünftiger Wohlfahrtsentwicklungen. Das Programm zusammengestellt und die verschiedenen Arbeitsgruppen organisiert hat Alex C. Michalos, University of Guelph, Ontario, Canada.

Erich Wiegand
(Tel. 0621/18004-15)

Aus der Arbeit der Abteilung:

Crime as a Social Indicator

Unter dem Gesichtspunkt des Aufbaus einer Sozialberichterstattung für den Bereich der Kriminalität diskutiert Henrik Tham vier Konzepte von Kriminalität: Integration geht von der moralischen Einheit einer Gesellschaft aus, Marginalisierung von Niveau und Verteilung der materiellen Wohlfahrt und der Lebensbedingungen, Viktimisierung vom Risiko, Opfer einer kriminellen Handlung zu werden und Stigmatisierung von der Reaktion des Staates gegenüber Gesetzesbrechern. Innerhalb der einzelnen Konzepte zeigt Tham Möglichkeiten zur Konstruktion sozialer Indikatoren. Er stellt heraus, daß unter Wohlfahrtsaspekten Indikatoren der Viktimisierung besonderes Gewicht zukommt. Zur Quantifizierung der Indikatoren kommen in erster Linie Opferbefragungen in Betracht.

Tham, Henrik: Crime as a Social Indicator, ZUMA-Arbeitsbericht Nr. 89/15

Umweltberichterstattung in der Bundesrepublik

Über den gegenwärtigen Stand der Umweltberichterstattung in der Bundesrepublik informiert der Arbeitsbericht von Wolfgang Meyer. Er stellt darin die zentralen amtlichen Institutionen zusammen, die sich mit Fragen der Umweltberichterstattung beschäftigen, führt umweltpolitische Aktivitäten von Verbänden auf und gibt einen Überblick über wichtige Datenquellen und sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte. Darüber hinaus enthält der Arbeitsbericht eine nach Problembereichen geordnete Auswahlbibliographie zur Umweltberichterstattung mit ca. 170 Angaben zu Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes, statistischen Datensammlungen, Bibliographien, Gesetzestexten und Forschungsberichten.

Meyer, Wolfgang: Umweltberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland, ZUMA-Arbeitsbericht Nr. 89/19

Impressum

Herausgeber:

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren
Postfach 122155
D-6800 Mannheim 1
Telefon (0621) 18004-0
Telefax (0621) 18004-49

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion:

Erich Wiegand

Satz und Druck:

Verlag Pfälzische Post GmbH
Maximilianstraße 31
6730 Neustadt/Weinstraße

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten.

ISSN 0935-218X